

Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 2095/2017

Abteilung: Stadtentwicklung,
Wirtschaftsförderung

Bearbeiter/in: Schwendy, Steffen

Haushaltswirksamkeit:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, bei	Produkt:
Investitionskosten:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Betrag:
Drittmittel:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Betrag:
Folgekosten/laufender Unterhalt:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Betrag:

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsstatus
Bau- und Planungsausschuss	24.01.2017	öffentlich	empfehlende Beschlussfassung
Stadtrat	09.02.2017	öffentlich	endgültige Beschlussfassung

Betreff: Soziale Stadt Speyer-Süd

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Speyer bewirbt sich mit dem vorliegenden Konzept für ein neues Programm „Soziale Stadt“ für das Quartier Speyer-Süd.

Zur Fristwahrung wird der Antrag zum 31.01.2017 bei der ADD eingereicht.

Begründung:

Bereits in seiner 12. Sitzung am 17. 09. 2015 hat der Stadtrat in einem gemeinsamen Antrag von CDU und SPD (Vorlage 1623/2015) einstimmig beschlossen, ein drittes Projekt „Soziale Stadt“ mit dem Stadtteil Speyer-Süd auf den Weg zu bringen.

Für die hierzu notwendige Grobanalyse wurden 3 Büros angefragt. Das Büro Stadtberatung Dr. Fries hat hierfür das günstigste Angebot abgegeben und den Zuschlag erhalten. Das Grobkonzept wird vom Büro vorgestellt.

Sollte die Bewerbung seitens des Landes bestätigt werden, erfolgen in einem nächsten Schritt detaillierte vorbereitende Untersuchungen, die in einem Maßnahmen- und Finanzierungskonzept münden. Dieser Prozess wird durch eine intensive Bürger- und Akteursbeteiligung begleitet. Die Ergebnisse führen zu einer endgültigen Abgrenzung des Fördergebietes, das wiederum vom Stadtrat zu beschließen ist.

Für die Bewerbung wurden bezogen auf das Quartier Speyer Süd alle Stadtteilentwicklungsprojekte in einer Gesamtschau zusammengetragen und weitere Entwicklungsansätze im potenziellen Programmgebiet aufgezeigt. Daraus ergibt sich auch ein erster Vorschlag für eine Gebietsabgrenzung, der lediglich als Grundlage für die angestrebte Bewerbung der Stadt in das Programm Soziale Stadt dient. Die vorgeschlagene Förderkulisse ist im weiteren Verfahren zu konkretisieren bzw. zu diskutieren.

Die Abgrenzung wurde so getroffen, dass im Quartier einerseits der soziale Handlungsbedarf erfasst ist, Maßnahmen benannt werden können, die Abgrenzung zusammenhängend an klaren Strukturkanten entlang läuft und andererseits die Gebietskulisse fokussiert bleibt. Die Übersichtskarte ist als Plan bei den Sitzungsunterlagen hinterlegt.

Der Abgrenzungsvorschlag für das Bewerbungsverfahren wird an der westlichen Seite des Closweg gebildet, überschreitet die B39 und führt an der Paul-Egell-Straße Richtung Landauer Straße, nimmt den Verkehrsknotenpunkt Landauer Straße/ Schwerdstraße/ Karolinger Straße auf, führt entlang der Schwerdstraße bis zur Paulstraße, schließt den Feuerbachpark mit ein, dann entlang der Diakonissenstraße mit dem Einschluss des Sportplatzes Normand-Gelände. Danach trifft die Abgrenzung dann die Paul-Egell-Straße wieder und führt nach Nordosten, umschließt das Fuchsweihergebiet und den Melchior-Hesspark, führt dann am Germansberg entlang, umfasst den Spielplatz am Haspelweg, führt entlang des Kirschwegs nach Südwesten, wiederum bis zum Closweg.

Im Grobkonzept zur Bewerbung sind bereits einige Maßnahmen/Maßnahmenschwerpunkte zu benennen und ein sehr grober Gesamtfinanzrahmen zu bestimmen. Bei einer Laufzeit von 12 - 15 Jahren wird derzeit ein Gesamtumfang von geschätzt 10 Mio € Programmvolumen (Gesamtkosten) vorgesehen.

Im Einzelnen werden insbesondere als Programmpunkte vorgeschlagen:

- Umgestaltung Platz der Stadt Ravenna
- Stützung und Entwicklung der Nahversorgung im Gebiet
- Knotenpunkt Landauer Straße/Karolinger Straße/ Schwerdstraße
- Feuerbachpark
- Spielplätze im Gebiet
- Melchior-Hess-Park
- Bildungseinrichtungen (z. B. Schule im Vogelgesang, J.-H.-Pestalozzischule und Kitas)
- Familienberatung
- Minderung der Trennwirkung und der Belastungen durch die B39 - Verbindungen zwischen den Gebietsgrenzen optimieren
- Begleitmaßnahmen der Baugenossenschaft und der GEWO
- Naherholung und Klimaschutz - „Grüne Wege“ in die Landschaft und durch das Quartier
- Private Bestandsmodernisierung und energetische Sanierung
- Ertüchtigung und Neugestaltung der bestehenden Unterführungen B39
- Verbesserung der Radwegeinfrastruktur
- Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur im MIV – Car Sharing/Ladeeinrichtungen für E-Mobilität etc.
- Quartiersmanagement und Öffentlichkeitsarbeit

Diese einzelnen Programmpunkte sind nicht abschließend genannt. Sie sind im weiteren Verfahrensgang mit allen Beteiligten, Akteuren und der Politik im Rahmen der Aufstellung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes weiter zu diskutieren und ggf. zu ergänzen.

Das Grobkonzept wird zum 31. 01. 2017 bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion eingereicht. Der formale Beschluss des Stadtrates darf nachgereicht werden.

Anlagen:

- Quartiersdarstellung